

Helmut Thome

Das Konzept sozialer Anomie als Analyseinstrument

Erweiterte Fassung eines Beitrags zu einem Symposium über
„Diktatur, Demokratisierung und soziale Anomie“
vom 2. bis 4. Nov. 2000 in Augsburg

Organisator: Prof. Dr. Peter Waldmann, Lehrstuhl für Soziologie, Universität Augsburg

1. "Anomie" in Durkheims Typologie gesellschaftlicher Pathologien

Emile Durkheim hat vor über hundert Jahren den Anomie-Begriff in die Soziologie eingeführt (Durkheim [1893] 1992); richtig prominent geworden ist er aber erst seit seiner Neuformulierung durch Robert K. Merton (1938; 1957).¹ Er ist in einer breiten Palette von Untersuchungskontexten eingesetzt worden, am häufigsten wohl in der Erforschung abweichenden Verhaltens. Dabei ist sein Bedeutungsgehalt immer wieder variiert und ausgedehnt worden (siehe z. B. die Beiträge in dem Sammelband von Adler/Laufer 1995), so daß man nicht von einer etablierten Definition, wohl aber von einem *sensitizing concept* ausgehen kann. Im allgemeinen bezieht man sich auf verschiedene Regelungsdefizite und ihre Folgen, die entweder dem sozialen System oder den Personen zugeschrieben werden, eine Unterscheidung, die gelegentlich mit den Attributen *soziale* versus *psychische* Anomie explizit eingeführt wird. Im zweiten Fall spricht man auch von *Anomia*, die sich als mögliche Folge von (sozialer) *Anomie* untersuchen läßt.

Peter Waldmann hat nun vorgeschlagen, das Anomie-Konzept als Instrument bei der Analyse von Problemkonstellationen einzusetzen, die beim Übergang von Diktaturen zu demokratisch verfaßten Systemen auftreten. Dabei denkt er vor allem an die jüngeren gesellschaftlichen Umwälzungen in osteuropäischen und lateinamerikanischen Ländern (s. Waldmann 1996; 1998). Die folgenden Überlegungen sollen dazu beitragen, das Anomie-Konzept auf diese Anwendungssituation hin so zu spezifizieren, daß sein allgemeiner Bedeutungsgehalt bewahrt bleibt. Es scheint mir sinnvoll, bei diesem Versuch auf den Ausgangspunkt des Konzepts bei Durkheim zurückzugreifen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens kann man hoffen, daß man auf diese Weise am ehesten aus dem Wirrwarr der verschiedenen Anomie-Begriffe, die im Umlauf sind, herausfindet und einen vereinheitlichenden Grundgedanken identifizieren kann. Zweitens ist damit zu rechnen, daß die im Laufe der Zeit vorgeschlagenen Präzisierungen des Konzepts

¹ Zur Begriffsgeschichte vor Durkheim siehe die Anmerkungen in Dreitzel ([1968] 1972: 82). Zu dem unmittelbar vor Durkheim (und im Gegensatz zu diesem) von Guyau geprägten "positiven" Anomie-Begriff siehe Joas (1992: 81 f.). Mertons Rückblick auf die Entwicklung "seines" Anomie-Begriffs findet sich in Merton (1995). Einen Gesamtüberblick bietet Orrù (1987).

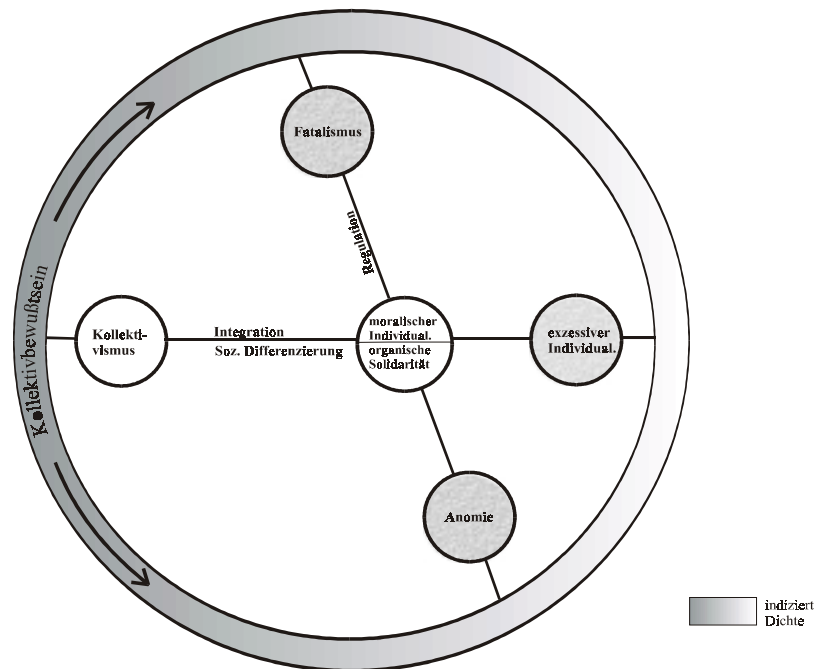
durch Vernachlässigung anderer bewahrenswerter Einsichten erkaufte wurden, die bei Durkheim deutlicher präsent sind.

Es ist klar, daß ich in diesem knappen Beitrag keine umfassende Durkheim-Interpretation liefern, sondern nur ein paar Punkte benennen kann, die mir wichtig erscheinen. Es geht also nicht um eine philologisch und werkgeschichtlich korrekte Exegese, sondern nur darum, sich durch Durkheims Arbeiten zu interessanten Fragestellungen und Konzeptbildungen anregen zu lassen. Zunächst ist daran zu erinnern, daß Durkheim "Anomie" zwar als Merkmal sozialer Systeme faßt, sich aber sehr wohl auch dafür interessiert hat, (a) wie die Individuen typischerweise (z. B. mit einer gestiegenen Neigung zu Mord oder Selbstmord) auf diese Zustände reagieren und (b) welche Konsequenzen sich aus den aggregierten Reaktionen der Individuen für das soziale System ergeben. Durkheim hat zwar keine *Anomie-Theorie* ausgearbeitet und in verschiedenen Schriften unterschiedliche Versionen des Begriffs vorgelegt; zumindest in seiner Selbstmord-Studie (Durkheim [1897] 1990) läßt sich aber eine relativ klare Systematik erkennen. Sie erschließt sich, wenn man Besnards Interpretation folgt (Besnard 1993: 170), wonach Durkheims Selbstmord-Typologie durch die analytische Unterscheidung von "Regulation" und "Integration" konstituiert wird.² Aus ihr geht hervor, daß "Anomie" nicht ein Sammelbegriff für alle denkbaren pathogenen oder normativ unerwünschten gesellschaftlichen Erscheinungen ist, sondern eine ganz bestimmte Klasse pathogener Phänomene bezeichnet, die durch Regelungsdefizite im sozialen System hervorgerufen werden. Diese Typologie läßt sich

² Diese Unterscheidung ist umstritten; sie wird nicht von allen Durkheim-Interpreten für sinnvoll gehalten (s. z. B. Johnson 1965; Travis 1990; dagegen Hynes 1975). Durkheim selbst hat noch im Arbeitsteilungsbuch strukturell induzierte Integrationsprobleme (wie z. B. den Konflikt zwischen "Arbeit" und "Kapital") als bloße Regulationsprobleme dargestellt (s. Durkheim [1893] 1992: 422-442). Die vielschichtigen analytischen Probleme, die mit diesen beiden Dimensionen angesprochen sind, können hier nicht erörtert werden. Es entspricht aber Durkheims Konzeption, "Integration" (von Gesellschaften, analog auch von Personen) als funktionales Bezugsproblem der "Regulation" anzusehen. "Regeln" entstehen zum Teil "naturwüchsig", sind letztlich aber politisch gestaltbar; sie sollen Kommunikation und Verhalten so steuern, daß "Integration" gesichert wird. Integration im Sinne Durkheims ist in dem Maße erreicht, wie die funktional interdependenten "Teile" einer Gesellschaft so miteinander kooperieren, daß gemeinsame Ziele in Übereinstimmung mit geteilten Wertüberzeugungen realisiert werden, die es ihrerseits den einzelnen Personen ermöglichen, sich wechselseitig als Mitglieder einer bestimmten Gemeinschaft zu identifizieren und anzuerkennen. (Zur Unterscheidung von "Arbeitsteilung" und "funktionaler Differenzierung" siehe die Hinweise in Schimank 1999: 50 f.) Vielleicht läßt sich Durkheims analytische Differenzierung neu und gewinnbringend interpretieren, wenn man die Regulation der „Akteurssemantik“, die Integration der „Funktionssemantik“ zuordnet und nach der Vermittlung dieser beiden Semantiken fragt, die J. Markowitz (*im Erscheinen*) in anderen Zusammenhängen eindrucksvoll vorführt.

anhand eines Schaubilds erläutern:

Durkheim's Analyse-Schema



Die beiden Achsen, Integration und Regulation, stehen nicht orthogonal aufeinander, um anzudeuten, daß es sich hierbei um eine analytische Unterscheidung handelt, daß aber funktionale und empirische Zusammenhänge in der durch die Winkelverhältnisse angedeuteten Richtung bestehen. Da Durkheim die gesellschaftliche Integration vor allem über das Kollektivbewußtsein (geteilte Werte) gewährleistet sieht - das in seiner jeweiligen Ausformung vom Grad der Arbeitsteilung abhängt -, kann er diese Dimension zwischen den beiden Polen "Kollektivismus" vs. "Individualismus" aufspannen. Damit ist gleichzeitig eine historische Entwicklungsrichtung angegeben, die im Idealfall zum "moralischen Individualismus",³ im

³ Im moralischen Individualismus sind die individuellen Wünsche mit den normativen Erwartungen gut integriert: "Wir finden einen gewissen Reiz darin, die uns durch die Regel gebotene moralische Handlung zu vollziehen, eben weil sie uns geboten ist. Wir empfinden es als ein Vergnügen sui generis, unsere Pflicht zu tun, weil sie die Pflicht ist. Der Begriff des Guten erstreckt sich bis in den Begriff der Pflicht, so wie der Begriff der Pflicht und der Obligation sich bis in den des Guten erstreckt. Der Eudämonismus ist, wie auch sein Gegenteil, in der Sittlichkeit überall gegenwärtig" (Durkheim 1976: 96 f.).

ungünstigen Falle zum "egoistischen (exzessiven) Individualismus" führt; real geht es wohl um ein Mischungsverhältnis, in dem Komponenten beider Idealtypen mit unterschiedlicher Gewichtung vertreten sind. Die Art und Intensität der Regulation, ihre Angemessenheit oder ihr pathogener Charakter sind nicht unabhängig vom Grad der sozialen Differenzierung; insofern müßte die Regulationsschiene als horizontal beweglich dargestellt werden. Ihre beiden Pole heißen "Fatalismus" und "Anomie". Im ersten Falle ist die Regelungsdichte zu hoch (Durkheim 1990: 318 Fn.); die Regeln wirken repressiv und schützen nicht die Autonomie der Individuen (soweit sie im gegebenen Integrationsmodus beansprucht wird). Im zweiten Fall liegt ein Regelungsdefizit vor: entweder fehlen benötigte Regeln gänzlich oder sie sind unangemessen, widersprüchlich oder werden nicht befolgt. Dadurch kann einerseits die funktionale Kooperation innerhalb des sozialen Systems gestört werden (negative Folge für die System-Integration); andererseits können auch Orientierungs- und Identitätsprobleme bei den Personen auftreten.

Betrachten wir die einzelnen pathologischen Typen etwas näher, um daran die Frage anschließen zu können, ob Diktaturen, Demokratien und Prozesse des Übergangs von dem einen zum anderen System jeweils spezifische pathogene Potentiale liefern. Da Durkheim seine Kriterien für "pathogene" oder "unnormale" Entwicklungen aus seinen Konzepten der organischen Solidarität und des moralischen Individualismus gewinnt, muß zunächst kurz etwas zu diesem gesellschaftlichen Idealtypus gesagt werden. Die Integration moderner Gesellschaften sieht Durkheim (a) durch gemeinsame Werte und Ziele (Kollektivbewußtsein), (b) durch das in der Arbeitsteilung implizierte kooperative Handeln gewährleistet. Insofern läßt sich sein Integrationsbegriff in das gebräuchlich gewordene Basis-Schema von "normativer" und "funktionaler" Integration (s. Angell 1968) einordnen, wobei die Gewichtung dieser beiden Komponenten und ihre interne Relationierung in den verschiedenen Ansätzen erheblich variieren.⁴

Als theoretische Perspektive ist der *moralische Individualismus* eine Art kommunitaristischer Philosophie, die zunächst einmal zur Kenntnis nimmt, (1.) daß sich jede Individuierung

⁴ Dieses Schema ist im Laufe der Zeit von verschiedenen Autoren in vielfältiger Weise weiter differenziert worden (namentlich von Parsons) oder durch andere binäre Schemata wie "Systemintegration" versus "Sozialintegration" (Lockwood 1964) oder "System" versus "Lebenswelt" (Habermas 1981) abgelöst oder ergänzt worden. Heutige Theoretiker, auch solche die positiv an Durkheim anknüpfen, halten mehrheitlich die von ihm vorgenommene Gewichtung der beiden Komponenten (insbesondere die der Moral zugeschriebene Rolle) wie auch deren starke Verklammerung und vorausgesetzte Kompatibilität miteinander nicht mehr für angemessen konzipiert (s. Fenton 1984; Luhmann 1988; Schmid 1989; Beckert 1997). Sein Modell eines "moralischen" oder "kooperativen" Individualismus ist dadurch aber nicht insgesamt obsolet geworden, sondern liefert weiterhin wichtige Anregungen für die soziologische Theoriebildung (s. Münch 1981; Cladis 1992; Joas 1992: 76-99) und die empirische Forschung (s. Messner 1982; Rosenfeld/Messner 1995; Messner/Rosenfeld 1997).

innerhalb eines Prozesses der Sozialisierung vollzieht, (2.) daß auch die Wertschätzung für das Individuum selbst ein Produkt sozialer Prozesse ist - wie alle Moralen und Religionen. Drittens wird postuliert, daß es für die gesellschaftliche Integration erforderlich sei, "daß ihre Mitglieder ihre Augen auf dasselbe Ziel richten, daß sie sich in demselben Glauben treffen" (Durkheim 1986: 60). Dieser gemeinsame Glaube, der einzige, zumindest der entscheidende, in dem sich die Mitglieder hochdifferenzierter Gesellschaften noch treffen, ist der "Kult des Individuums".⁵ Dadurch ist diese Gesellschaftsformation klar abgesetzt vom "Kollektivismus" traditionaler, segmentär differenzierter Gesellschaften, in denen das Kollektiv (die Gruppe, die Familie, die Sippe, die Nation) eine höhere Wertschätzung erfuhr als das Individuum. Als soziale Praxis gründet sich der moralische Individualismus auf wechselseitige Sympathie und Respekt für den jeweils anderen. Er ist keine partikularistische Orientierung. "Der so verstandene Individualismus ist definitiv die Glorifizierung nicht des Ichs, sondern des Individuums im allgemeinen. Seine Triebfeder ist nicht der Egoismus, sondern die Sympathie für alles, was Mensch ist, ..., ein größerer Durst nach Gerechtigkeit" (ebd.). Durkheim glaubt - wenigstens zunächst - der moralische (kooperative) Individualismus sei voll verträglich mit einem hohen Grad an Arbeitsteilung, ja werde von der fortgeschrittenen sozialen Differenzierung erst ermöglicht ("organische Solidarität"). Er wird nicht nur durch subjektive Wertorientierungen getragen, sondern objektiviert sich auch in Institutionen (z. B. den wohlfahrtsstaatlichen Instrumenten der Dekommodifizierung).⁶

Sein analytisches Gegenstück auf der Integrationsdimension, die pathogene Ausformung des Individualismus, ist der Egoismus ("exzessiver Individualismus"). Er findet laut Durkheim seinen theoretischen Ausdruck in der utilitaristischen Philosophie, die er im Werk Spencers exemplarisch vertreten sah, der seiner Meinung nach "die Gesellschaft auf nichts als einen

⁵ "Infolge einer weitergehenden Arbeitsteilung (findet sich) jeder Kopf auf einen anderen Punkt des Horizonts gerichtet, jeder reflektiert einen anderen Gesichtspunkt der Welt; infolgedessen unterscheiden sich die Einstellungen von einem Subjekt zum nächsten. So bewegt man sich Schritt für Schritt auf einen Zustand zu, ... in dem die Mitglieder derselben gesellschaftlichen Gruppe nichts Gemeinsames mehr haben werden außer ihrer Eigenschaft als Mensch, außer den für die menschliche Person im allgemeinen konstitutiven Merkmalen. Diese Idee der menschlichen Person,..., ist also die einzige, die in der wechselnden Flut der einzelnen Meinungen unabänderlich und unpersönlich erhalten bleibt; und die Gefühle, die sie erweckt, sind die einzigen, die sich annähernd in allen Herzen wiederfinden" (Durkheim 1986: 63).

⁶ Zum Dekommodifizierungskonzept siehe Esping-Andersen (1990); zu seiner "Operationalisierung" im Rahmen kriminalsoziologischer Untersuchungen siehe Messner/Rosenfeld (1997). In den international vergleichenden Studien der Kriminalsoziologie, die an Durkheim anknüpfen, wird leider nicht zwischen "Kollektivismus" und "moralischem (kooperativen) Individualismus" unterschieden. Das gilt auch für einen Zweig der Kulturpsychologie (s. z. B. Triandis 1995; Vandello/Cohen 1999).

riesigen Handels- und Tauschapparat reduziert(e)"; dabei sei es doch "allzu deutlich, daß jedes gemeinschaftliche Leben unmöglich wird, wenn nicht höhere als die individuellen Interessen vorhanden sind" (ebd., S. 55). Der exzessive Individualismus bedeutet die rigorose Verfolgung der eigenen, persönlichen Interessen als generelle Orientierung, wobei die anderen Personen primär als Mittel zum eigenen Zweck betrachtet werden. Für Durkheim ist das die illusionäre Leugnung der sozialen Natur des Menschen. Der Egoismus indiziert nicht einen Mangel an Orientierung, sondern eine falsche; er ist objektiv eine Selbst-Täuschung. In Habermasscher Diktion kann man sagen: Wo exzessiver Individualismus die sozialen Beziehungen beherrscht, dominiert das "strategische" Handeln das "kommunikative" (Habermas 1981). Obwohl der Begriff des "exzessiven" Individualismus einen quantitativen Aspekt hervorhebt, ist er doch nicht einfach eine Weiterführung des moralischen Individualismus, eben weil ein kollektiv "falsches Bewußtsein" mit hinzu kommt.⁷ (Insofern sollte in dem Schaubild das rechte Endstück der horizontalen Linie vielleicht nur gestrichelt gezeichnet werden oder in irgendeiner Weise abknicken, also in eine dritte Dimension deuten.) Der egoistische Individualismus ist inhärent desintegrativ, auch wenn er auf einem Wertekonsens beruht (alle wollen das gleiche: egoistisch sein). Er kann zu psychischer Anomie in Form einer Sinnleere führen und dadurch bspw. die Neigung zum Selbstmord stärken (Durkheim 1990: 233 f.), begrifflich ist er aber von der sozialen Anomie zu unterscheiden, die eine pathologische Form sozialer Regulierung ist.

Wie bereits betont, impliziert die analytische Trennung von Integration und Regulation nicht deren empirische Unabhängigkeit. Im Gegenteil, eine bestimmte Form der Regulation (oder Deregulation) kann einen bestimmten Integrationstyp stützen oder gefährden. Andererseits kann ein hohes Maß an Desintegration auf der Ebene der Wertideale effektive Regulierungen blockieren. Zwar wird in der idealtypischen Verbindung von kooperativer Arbeitsteilung (Wirtschaft) und universalistischem Individualismus (Kultur) eine optimale Regulation mitgedacht; aber sie ist nicht durch die Integrationsform selbst gleichsam garantiert. Sie erfordert Regulationsinstanzen außerhalb von Wirtschaft und Kultur. Für Durkheim sind das primär die staatlichen Organe, die im Rahmen einer repräsentativen (nicht direkten) Demokratie agieren und deren Macht durch starke sekundäre Gruppen begrenzt wird, die als Vermittler zwischen Staat und Individuum fungieren.⁸ Langfristig entscheidend ist für ihn die

⁷ Piaget ([1932] 1979: 222) wendet auch auf diese Situation der mangelnden Einbindung des einzelnen in die Gruppe den Begriff der Anomie an: "Es besteht tatsächlich eine moralische Autonomie, wenn das Bewußtsein ein Ideal als notwendig erachtet, das von jedem äußeren Druck unabhängig ist. Ohne eine Beziehung zum anderen gibt es jedoch keine ethische Notwendigkeit, das Individuum als solches kennt nur die Anomie und nicht die Autonomie."

⁸ Siehe hierzu insbesondere Durkheim (1999, Kap. 4-9). In diesen Vorlesungen weist er ausdrücklich drei Staatstheorien zurück: nämlich die Hegelsche, die sozialistische und die utilitaristische. Man kann seine Staatskonzeption als "sozialdemokratisch" bezeichnen; selbst Elemente eines "Verfassungspatriotismus" sind bei ihm schon vorausgedacht (ebd., S. 96-110).

Regulationskompetenz des Staates gegenüber der Ökonomie. Der Staat solle stark genug sein, um - im Verein mit den sekundären Gruppen - den moralischen Individualismus gegen die moralische Anarchie zu verteidigen, die vom ökonomischen System ausgehe und sich auf die gesamte Gesellschaft auszudehnen drohe. Von hier aus gelangen wir leicht zu Habermas' Kolonisierungsthese und zu den gegenwärtigen Diskussionen über die - gewollt oder ungewollt - schwindende oder doch nicht schwindende Regulationsmacht des Staates im Zeitalter der Globalisierung.

Von der optimalen Regulierung (im Sinne des kooperativen Individualismus) kann in zwei Richtungen abgewichen werden: sie kann zu stark oder zu schwach sein. Die Überregulation sieht Durkheim als Nährboden des "fatalistischen" Selbstmords, den er explizit allerdings nur in einer Fußnote charakterisiert: als Selbstmord, "welcher aus einem Übermaß von Reglementierung erwächst; der Selbstmord derjenigen, denen die Zukunft mitleidlos vermauert wird, deren Triebleben durch eine bedrückende Disziplin gewaltsam erstickt wird ... Um den unentrinnbaren und unnachgiebigen Charakter der Norm deutlich zu machen, gegen die keiner ankommt,... könnte man ihn den fatalistischen Selbstmord nennen" (Durkheim 1990: 318). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts glaubt Durkheim, dieser Selbstmord-Typ sei nur noch von historischem Interesse; die Diktaturen des 20. Jahrhunderts hat er nicht vorausgesehen.⁹

Auf der anderen Seite steht ein Regulationsdefizit, das Durkheim u. a. mit dem "anomischen" Selbstmord verbindet.¹⁰ Das Defizit ist nicht nur als quantitativer, sondern auch als qualitativer Mangel zu verstehen. In seinem Arbeitsteilungsbuch ging Durkheim noch von der Annahme aus, daß die Arbeitsteilung selbst nicht zwangsläufig und kumulativ soziale Anomie hervorbringen müsse, sondern daß eben dies durch angemessene regulatorische Maßnahmen zu verhindern sei. Er wies aber schon auf zwei Gefahrenquellen hin. Die erste sah er in einer mangelhaften funktionalen Koordination der arbeitsteilig operierenden "Organe" (Durkheim

⁹ Auch die drückende Last inhumaner Arbeitsverhältnisse und andere Situationen der Ausweglosigkeit, die in modernen Gesellschaften ja nicht verschwunden sind, lassen den fatalistischen Selbstmord nicht nur als Relikt vergangener Zeiten erscheinen.

¹⁰ Neben dem egoistischen, dem fatalistischen und dem anomischen Selbstmord definiert Durkheim bekanntlich noch einen "altruistischen" Selbstmord. Wenn ich Durkheim richtig verstehe, erwächst dieser aber nicht aus einer pathogenen Gesellschaftsformation. Er geschieht aus Respekt vor den Normen einer Gruppe, die man nicht befolgt hat (was zu Scham oder Schande führen kann), oder aus dem Motiv, sich für die Gruppe zu opfern. Wenn das in einem pathologischen Kontext geschieht, wäre er der Überregulation ("Fatalismus") zuzuordnen. "Normal" (im Durkheimschen Sinne) wäre er innerhalb einer traditional-kollektivistischen Gesellschaft. Er kann (seltener) auch in einer modernen Gesellschaft vorkommen, die dem Typus des moralischen Individualismus entspricht, wäre dann aber nicht als pathologisch zu qualifizieren.

[1893] 1992: 433 ff.). Die zweite war damit eng verbunden: die "erzwungene" Arbeitsteilung, die es den Individuen nicht erlaubt, in ihrer Arbeit ihre Talente zu entwickeln und ihre Fähigkeiten auszuschöpfen (ebd.: 443 ff.).¹¹ Dies ist als spezielle Variante des allgemeineren Falls von Regeln anzusehen, die dem Gerechtigkeitsprinzip des moralischen (universalistischen) Individualismus widersprechen. In einer komplementären Variante tritt an Stelle der Unterforderung und verwehrt Selbstverwirklichung eine bestimmte Form der Überlastung, die gegeben ist, wenn die Individuen die diskrepanten Anforderungen ihrer verschiedenen sozialen Rollen nicht mehr hinlänglich integrieren können (ebd.: 329; vergl. Dreitzel [1968] 1972: 327). Durkheim hat weniger diese allgemeine als eine spezielle Form der Überforderung betont; die Gefahr nämlich, daß in der prosperierenden, weitgehend entmoralisierten Wirtschaft die Menschen Opfer ihrer überschießenden Aspirationen werden; es fehlt ihnen an der nötigen Disziplin; sie schätzen sich und ihre Fähigkeiten nicht mehr richtig ein; sie wissen nicht, was ihnen längerfristig guttut, was sie vernünftigerweise anstreben oder lassen sollen. Man könnte auch sagen: sie erleiden einen Identitätsverlust per Entgrenzung. Hier vor allem sah Durkheim die Gefahr, die Anomie könne infolge einer nicht mehr nach moralischen Kriterien regulierten Ökonomie chronische Formen annehmen. Anomisches Potential schrieb Durkheim aber nicht nur der schnell wachsenden Wirtschaft zu, sondern allen Formen eines rapiden gesellschaftlichen Wandels, in dem sich die sozialen Verhältnisse und die Handlungsoptionen rascher ändern als die Normen, die das Handeln anleiten sollen.

Man hat Durkheim verschiedentlich vorgeworfen, die von ihm beschriebenen Anomie-Typen bildeten keinen systematischen Zusammenhang. Obwohl er diesen Zusammenhang in der Tat nicht ausgearbeitet hat, ist er relativ leicht herstellbar, weil sich die drei von ihm hervorgehobenen Typen der Anomie drei allgemeinen Funktionen sozialer Normen gleichsam als Negationen (Disfunktionen) zuordnen lassen. Im positiven Fall erfüllen Normen im wesentlichen folgende Funktionen¹²

(1) Soziale Integration (moralische Funktion): Normen binden den einzelnen in eine Gruppe ein, indem sie Zugangskriterien und Obligationen definieren, die von den Individuen um so eher internalisiert werden, je stärker sie symbolisch an Wertideale und Prinzipien gekoppelt sind. Sie befördern somit die Konstruktion personaler und kollektiver Identitäten. In diesem Sinne sind

¹¹ Hier wäre zu fragen, ob dies nicht eher als eine Variante von Fatalismus anzusehen wäre: Ein politisches Regulierungsdefizit kann in einem anderen, hier: dem ökonomischen Subsystem zu einer repressiven Situation führen.

¹² Ich versuche hier eine Reformulierung normativer Funktionen, wie sie in ähnlicher Weise Waldmann (1998: 21 ff.) mit Bezug auf unser Thema vorgenommen hat. Er unterscheidet (a) den Aspekt ethischer Verpflichtung (Moral), (b) den regulatorischen Aspekt (Sicherheit), (c) den Typisierungsaspekt (Sprache).

sowohl die erzwungene Arbeitsteilung (mangelnder Wertbezug) als auch die Überregulation (verminderte Internalisierungschance) disfunktional.

(2) Orientierungsfunktion: Normen typisieren erlaubtes und gebotenes, unangemessenes und verbotenes Handeln; sie selektieren Optionen, reduzieren die Komplexität der Auswahl von Zielen und Mitteln. Dieser Funktion ist das Regulierungsdefizit zugeordnet, das Durkheim dem anomischen Selbstmord zugrundelegt. Es erwächst aus einem zu raschen sozialen Wandel oder (dauerhaft) aus einer entmoralisierten Ökonomie.

(3) Koordinationsfunktion: Normen leisten die kontrafaktische Stabilisierung von Handlungserwartungen über Zeit (s. Luhmann 1969) und sichern somit die langfristige Koordination von Austauschbeziehungen zwischen Individuen und (Sub-)systemen. Durkheim notiert im Arbeitsteilungsbuch eine Reihe von Regulierungsdefiziten, die er in zeitgenössischen Industrie-Gesellschaften (bspw. im Verhältnis von "Kapital" und "Arbeit") beobachtet; er sieht in der Arbeitsteilung selbst aber kein chronisches Anomie-Potential, das nicht durch die Regulierungstätigkeiten des Staates und der professionellen Gruppen zu bändigen wäre.

Die verschiedenen sozialen Normen sind, wie angedeutet, in diesen Funktionen unterschiedlich gewichtet. Im soziologischen Sprachgebrauch wird der Begriff der sozialen Normen im allgemeinen für solche Regeln reserviert, die auf allen drei Dimensionen "laden". Aber auf eine genaue definitorische Abgrenzung etwa von Normen und technischen Regeln oder verschiedenen Untergruppen sozialer Normen (wie Bräuche, Gesetze, Sitten) kann hier verzichtet werden.

Mir scheint, daß sich die drei pathologischen Konfigurationen (Überregulation, Anomie und exzessiver Individualismus) primär (aber nicht ausschließlich) den drei Komponenten des gesellschaftlichen Wandels zuordnen lassen, die in diesem Band thematisiert werden: die Überregulation der Diktatur, die Anomie dem Transitionsprozeß, den exzessiven Individualismus der Kopplung von Demokratie und weitgehend deregulierter Marktwirtschaft. Im Prozeß des Übergangs von der Diktatur zum liberal-demokratischen System bilden diese drei pathogenen Formationen einen dynamischen Zusammenhang, der noch näher zu erforschen ist. Der folgende Abschnitt liefert hierzu einige Anhaltspunkte.

2. Regelungsdefizite und Desintegrationspotentiale im Wandel von Diktaturen zu Demokratien

2.1 Diktaturen

Die Beschneidung individueller Entfaltungsmöglichkeiten und Freiheitsrechte gehört zum

Wesensmerkmal von Diktaturen, die sich aber in der Methodik und im Grad der Unterdrückung erheblich unterscheiden können. In welchem Maße daraus Fatalismus und Rückzug, Resignation oder Rebellion erwachsen, hängt nicht nur von der Rigidität und Dauer der autoritären oder gar totalitären Strukturen ab, sondern auch von einigen externen Bedingungen. Dazu gehören das erreichte Niveau ökonomischer und technologischer Entwicklung, der Grad an Isolation oder Einbindung in internationale Handels- und Politikbeziehungen und nicht zuletzt die kulturelle Tradition, in die die Diktatur als fremde oder vertraute Konstellation eingelagert ist. "Fatalistische" Selbstmorde im Sinne Durkheims lassen sich als Einzelschicksale anhand persönlicher Dokumente oder veröffentlichter Biografien qualitativ beschreiben, in ihrer Häufung aber kaum vergleichend analysieren. Zwar weisen bspw. die offiziellen Statistiken der DDR für ihr Staatsgebiet eine im Vergleich zur Bundesrepublik in den 1980er Jahren wesentlich höhere Selbstmordrate auf (ca. 30 versus ca. 20 pro 100.000 Einwohner), die nach der Wiedervereinigung ziemlich kontinuierlich abfällt und sich dem "West"-Niveau annähert.¹³ Einige andere Länder weisen für Perioden der Diktatur aber keine erhöhten Selbstmordraten auf. In Chile steigt in den Jahren nach 1973 (Machtübernahme durch das Militärregime) die (sehr niedrige) Rate nicht an, in Portugal und Spanien gehen sie in dem Jahrzehnt nach Beendigung der Diktaturen (1974 bzw. 1975) nicht zurück.¹⁴ Die verschiedenen Typen von Selbstmord mögen gegensätzliche Entwicklungstendenzen aufweisen; der fatalistische Selbstmord mag abnehmen, der anomische zunehmen. Die amtliche Statistik erlaubt aber keine Zuordnung zu den unterschiedlichen Suizid-Kategorien. Der Querschnittsvergleich mehrerer Länder ist häufig noch problematischer als der diachronische Vergleich innerhalb eines Landes (s. auch unten Abschn. 3).

Diktaturen produzieren nicht nur (aber in charakteristischer Weise) "Überregulation", sondern in einigen Bereichen auch Regulierungsdefizite im Sinne sozialer "Anomie". Der Beitrag von Frieß (in diesem Band) zeigt dies zum Beispiel für Cuba, wo die staatlichen Organe nicht in der Lage sind, den dualen Wirtschaftssektor effektiv und in Übereinstimmung mit der politischen Ideologie zu regulieren. Auch andere Beiträge in diesem Band belegen, wie sich Diktaturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beinahe zwangsläufig in einem System von Überregulation und Regulierungsdefizit verheddern, widersprüchlich und sprunghaft agieren

¹³ Die Statistischen Jahrbücher der DDR liefern die Selbstmordziffern ab 1980, nachdem entsprechende Daten lange Zeit nicht offiziell veröffentlicht worden waren. Für einen Überblick 1980 bis 1989 siehe Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 436; für den Vergleich mit der BRD und die Zeit ab 1990 siehe die Statistischen Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland (Statistisches Bundesamt). Entsprechende Zeitreihen sind auch über das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, im Internet verfügbar (<http://www.gesis.org/disi>, Selbstmorddaten in der Rubrik "Gesundheit")

¹⁴ Eine Sammlung von Zeitreihen verschiedener Ländern findet sich in Lester/Yang (1998).

und dabei ihre Ansprüche auf Legitimität immer weiter unterminieren. Zur Delegitimierung tragen die sichtbar werdenden Divergenzen zwischen propagierten und realisierten Werten, ideologischem Anspruch und Verhalten der Machthaber (deren Laster, Brutalitäten und Privilegien) bei; die häufig willkürliche Auslegung der Vorschriften und Gesetze tut ein übriges.¹⁵ Statt der offiziellen Regeln wird die Regelverletzung legitimiert (s. Karstedt 1996: 196 ff.). Diktaturen tendieren dazu, die Politik und den gesamten öffentlichen Raum einschließlich des Rechts zu entmoralisieren, indem "Moral" ideologisiert, das heißt zur Sicherung von Machtansprüchen instrumentalisiert wird. Die Sprache der Moral wird noch benutzt, aber so, daß sie desavouiert, was sie verkündet. Außerdem werden die staatsunabhängigen intermediären Strukturen (denen auch Durkheim große Bedeutung bei der Sicherung der Demokratie beimaß) eingeengt oder zerstört. Die Regelungsdichte selbst fördert und generalisiert eine Sichtweise, nach der alles erlaubt ist, was nicht verboten ist (siehe z. B. den Beitrag von Birle in diesem Band). Solche Strukturen, die zum Rückzug in die enge Welt des Privaten drängen, lassen "zivilisatorische Kompetenzen" verkümmern (Sztompka 1993), die beim Übergang in demokratische Verhältnisse dringend benötigt würden.¹⁶ Wnuk-Lipinski (1982) spricht von einem "Dimorphismus der Werte", ja sozialer "Schizophrenie", die entsteht, wenn in Diktaturen ein von traditionellen Werten geprägter privater Bereich rigide von einer öffentlichen Sphäre getrennt bleibt, die von ideologisch instrumentalisierten Werten beherrscht sei.

2.2 Transitionsphase

Diktaturen können auf vielerlei Weise abrupt oder in einem schleichenden Prozeß zusammenbrechen, wobei interne Systemmängel und externe Entwicklungen komplex zusammenwirken. Man kann vermuten, daß die anomischen Folgen um so gravierender sind, je schärfer Repression und Überregulation zuvor waren, je länger sie andauerten, je rascher sich der Zusammenbruch vollzieht und je größer der Interessen- und Wertedissens ist, der die Trägergruppen des sozialen Wandels voneinander trennt. Bedeutsam ist sicherlich, a) in welchem Maße mit dem alten Regime staatliche Strukturen insgesamt verfallen oder, wenigstens vorübergehend, durch andere Institutionen (wie "Runde Tische", Bürgerkomitees usw.) ersetzt bzw. ergänzt werden; b) inwieweit insbesondere ein staatliches Gewaltmonopol erhalten bleibt oder schnell wieder aufgebaut und gesichert wird; c) wie rasch es dem neuen

¹⁵ In seinem Roman "1984" zeigt Orwell hellsichtig, daß der "reine" Totalitarismus tunlichst auf "Ideologie" verzichtet und die "Geschichte" auslöscht ("Torture is for torture's sake").

¹⁶ Hieraus ergeben sich Anschlußmöglichkeiten zur Theorie des „Sozialkapitals“, wie sie u. a. R. Putnam vorgelegt hat (Putnam 1993; 1995). Explizit nutzt G. Kolankiewicz (1996) dieses Konzept in seiner Analyse der Transitionsprozesse in Polen.

System (u. U. mit fremder Hilfe) gelingt, die materiellen Lebensverhältnisse der breiten Massen zu verbessern.

Die Termini "Überregulation" und "Unterregulation" beziehen sich weniger auf die Menge der Regelungen als auf ihre Effekte. Überregulation schränkt den Handlungs- und Ausdrucksspielraum der Akteure zu sehr ein (begünstigt Fatalismus und Entfremdung), Unterregulation entgrenzt sie so weit, daß Orientierung und Erwartenssicherheit, die Balance von Erstrebtem und Förderlichem sowie die effektive Koordination verschiedener Handlungsbereiche resp. Subsysteme verlorengehen (Anomie). Es ist hier nicht möglich, die mannigfaltigen Erscheinungsformen sozialer Anomie, die beim Übergang von diktatorischen zu demokratischen Systemen auftreten können, umfassend zu behandeln. Ich skizziere lediglich vier Subkategorien, die das Verhältnis zwischen Normen und Akteuren betonen:

(a) *Mangel an Regeln*: Es fehlen verbindliche Regelungen und Zielvorgaben in Situationen, in denen Akteure sie zur eigenen Orientierung und Handlungskoordination benötigen. So z. B. zitiert Savelsberg (1995: 207) Vaclav Havel (sinngemäß) mit dem Eingeständnis, die tschechoslowakische Opposition habe gewußt, daß sie die Freiheit wollte, sie habe aber weniger gewußt, wie sie diese Freiheit einsetzen sollte, nachdem sie erreicht worden war. Es entsteht in dieser Phase für individuelle und kollektive Akteure eine Vielzahl neuartiger Handlungsoptionen, auch Handlungszwänge, für deren Bewältigung Regelungen und institutionelle Arrangements erst gefunden werden müssen. Dieses Vakuum begünstigt individuelle Ad-hoc-Strategien, die sich geradezu notgedrungen am Eigeninteresse orientieren. Wie Dömötörfi (in diesem Band) am Beispiel Ungarns zeigt, können die Strategien des "Tricksens und Schwindelns" durchaus unter dem Dach eines breiten Wertekonsenses verfolgt werden und dabei - lokal begrenzt - eine sozialintegrative Wirkung entfalten (siehe auch das von Schoierer in diesem Band geschilderte "Fringsen" im Köln der Nachkriegszeit). Das heißt, es können sich "spontan" informelle Regelungssysteme herausbilden und möglicherweise längerfristig etablieren - mit der Gefahr, daß sie in Widerspruch treten zu den schließlich etablierten "offiziellen" Regeln. Daraus könnten sich "dualistische Normensysteme" entwickeln ähnlich jenen, die Waldmann (1998) für Entwicklungsländer bzw. postkoloniale Gesellschaften als typisch konstatiert.

Eines der drängendsten Probleme, für das früh eine zumindest vorläufige Lösung gefunden werden muß, ist die Frage, wie die Machthaber, Gehilfen und Mitläufer des alten Regimes zu behandeln sind. Hier sind in den betreffenden Ländern sehr unterschiedliche, auch unterschiedlich erfolgreiche und umstrittene Regelungen gefunden worden (für Osteuropa siehe z. B. Fehr 2000).

b) *Fehlende Handlungskompetenzen*: Normen liegen vor, aber eine relevante Menge von Akteuren hat nicht die nötige Handlungskompetenz, ihnen zu folgen. Das Regelwerk von

Demokratie und Marktwirtschaft mag offiziell eingeführt und im Prinzip sogar anerkannt sein; aber es braucht längere Zeit, bis man lernt zu reden, wo man zuvor geschwiegen hat; sich in Räumen zu bewegen, die man gemieden hat; Optionen wahrzunehmen, die nicht vorhanden waren; Techniken und Apparaturen zu nutzen, die nicht zur Verfügung standen - im alltäglichen zwischenmenschlichen Verkehr, in der politischen Auseinandersetzung, im Wettbewerb um Arbeitsplätze, Karrieren und Marktanteile. Die "zivilisatorischen Inkompetenzen", von denen Sztompka (1993) spricht, sind sozial ungleich verteilt; neue Hierarchien und Statusinkonsistenzen entstehen; es bilden sich ambivalente Haltungen gegenüber den alten und den neuen Realitäten heraus, möglicherweise auch Sammelbecken für Ressentiments, die sich gegen das neue System richten.

c) *Inkonsistenzen*: Widersprüchliche oder unverständliche Normen erschweren den Akteuren die Orientierung (was soll gelten?) oder verhindern eine effiziente Koordination verschiedener gesellschaftlicher Funktionsbereiche. Das Spektrum reicht von unverständlichen Verwaltungsvorschriften bis zu widersprüchlichen Regulationen in dualistischen oder gar polyzentrischen Normensystemen. Die potentiellen Gegensatzpaare sind hier nicht nur "formelle" versus "informelle" Regeln (s. oben unter "b"), sondern auch "alte" versus "neue" (gewohnheitsmäßig vorausgesetzte Regeln des überwundenen Regimes versus lückenhaft erlassene oder noch nicht vertraute Regeln des demokratischen Systems); "regional" spezifische versus "national" allgemeine in einer noch nicht geklärten föderalistischen oder zentralistischen Politikstruktur. Die Inkonsistenzen mögen "logisch" unaufhebbar und "objektiv" gegeben oder in komplexeren (aber nicht unbedingt beherrschten) Wahrnehmungsmustern und Interpretationsschritten auflösbar sein. Die moralischen Regeln in den zwischenmenschlichen Beziehungen und die Regeln, nach denen wirtschaftliche Geschäfte abgewickelt werden, können als "widersprüchlich" oder als "unterschiedlich" angesehen werden. Was als Konfusion erlebt wird, mag als sinnvolles Geflecht von Normen und Metanormen, situativ begrenzten und funktional differenzierten Geltungsansprüchen rekonstruierbar sein. Aber es ist klar, daß in hoch-differenzierten modernen Gesellschaften kein Akteur dieses Geflecht von Prinzipien, Normen und Anwendungsregeln in toto übersieht, Inkonsistenzenerfahrungen und Unsicherheit somit bis zu einem gewissen Grade normal geworden sind. Ebenso offenkundig ist, daß in Zeiten eines rapiden Wandels "objektive" und "subjektive" Inkonsistenzen im normativen Systemen besonders stark ausgeprägt sind.

d) *Diskrepanz zwischen Normen und Werten*. In einem klassischen Durkheim-Zitat heißt es: "Es genügt aber nicht, daß es Regeln gibt, sie müssen auch gerecht sein" (Durkheim [1893] 1992: 478). Das Verhältnis zwischen Werten und Normen ist historisch nicht stabil; in hoch-differenzierten Gesellschaften ist die Verbindung relativ locker. Die Legitimität und damit die Bereitschaft, Normen zu befolgen, stützt sich tendenziell weniger auf Wert- als auf

Verfahrenskonsens (s. Luhmann 1970; 1975).¹⁷ In Diktaturen fällt die "Legitimation durch Verfahren" typischerweise aus; Willkürakte werden durch ideologisierte Werte propagandistisch gerechtfertigt; faktisch bleiben Werte und Normen weitgehend getrennt. Man kann vermuten, daß in Phasen eines revolutionären Umbruchs die symbolische Kopplung zwischen Werten und Normen wieder enger wird und ein starkes Bedürfnis entsteht, Normen - und nicht zuletzt das Recht - an Werte (Gerechtigkeit) zu binden. Wird diese Bindung zu stark, leidet (erneut) die Rechtssicherheit, wird sie zu schwach, leidet die Folgebereitschaft und neue Formen der Entfremdung entstehen.¹⁸ Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley hat das Dilemma auf den Punkt gebracht mit ihrer resignativen Feststellung, man habe (materiale) "Gerechtigkeit" gewollt und den "Rechtsstaat" bekommen.¹⁹ Der Neigung zur Remoralisierung des öffentlichen Raumes wirken jedoch die Entmoralisierungstendenzen, die aus der Einführung der Marktwirtschaft resultieren, entgegen (s. unten).

Mangelnde Folgebereitschaft muß freilich nicht unmittelbar aus einem regulativ behebbaren Legitimitätsdefizit erwachsen. Wer z. B. systematisch Steuern oder die Verkehrsregeln mißachtet, sucht in der Regel einen persönlichen Vorteil zu gewinnen unabhängig davon, wie hoch die Steuern oder wie niedrig die Geschwindigkeitsbegrenzungen gerade angesetzt sind. In der Durkheimschen Systematik liegt hier eher ein Mangel an sozialer Einbindung, ein Integrationsdefizit im Sinne des egoistischen Individualismus vor.

Auch Mertons Anomie-Konzept (s. Merton 1957) zielt auf eine regulativ nicht aufhebbar Diskrepanz zwischen einem kulturell vorgegebenen, allgemein akzeptierten "Wert" (dem Ziel des individuellen materiellen "Erfolgs") und den Normen bzw. den institutionalisierten, legitimen Mitteln der Zielerreichung. Da das Ziel sozial generalisiert, die verfügbaren Mittel aber ungleich verteilt sind und es zudem zur "Logik" des Erfolgskonzepts gehört, daß Erfolg nur wenigen in hohem Maße zuteil wird (Exklusivität ist im Erfolg mitgedacht), entsteht ein permanenter, hoher Anreiz zu normabweichendem Verhalten. Da der eigene Erfolg (Reichtum

¹⁷ Zum soziologisch-analytischen Verhältnis zwischen "Werten" und "Normen" siehe Habermas (1992) und, kritisch hierzu, Joas (1997, Kap. 10).

¹⁸ "The recent history of eastern Europe also illustrates that the avolition of formal justice in the name of substantive social justice results in a loss of both ... Whereas formal and substantive justice are logically opposed to each other, social justice empirically has no chance without a minimum degree of formal justice" (Savelsberg 1995: 223 f.).

¹⁹ Der Konflikt entzündet sich am Verhältnis von Werten und Normen; es geht um die substantielle Werthaltigkeit von Normen. Gruppenbasierte Konflikte über alternative Wert-Ideen, die politisch als Interessenkonflikte ausgetragen werden (wie z. B. in Chile), sind dagegen nicht "regulativ" lösbar (und fallen insofern nicht unter die Rubrik "Anomie"). Man kann dann nur hoffen, daß die Konfliktparteien wenigstens den Wert der "Friedfertigkeit" teilen und entsprechende prozedurale Regeln der Konfliktaustragung befolgen.

und Distinktion) nur zu haben ist über den (relativen) Mißerfolg der anderen, entsteht ein gesellschaftliches Desintegrationspotential, das nicht durch eine "intelligentere" Regulation aufhebbar ist. Allenfalls kann der primäre Egoismus durch normative Forderungen einer sekundären Wohltätigkeit partiell kompensiert werden, die zweiseitigen "Erfolg" verspricht: Spenden lindern die Not des einen und bestätigen oder erhöhen die Distinktion des anderen.

2.3 Demokratie und Marktwirtschaft

Durkheim hat die repräsentative Demokratie als politische Gestaltung des moralischen Individualismus konzipiert (s. Durkheim [1950] 1999). Die Gefahr eines Hineingleitens in Anomie und exzessiven Individualismus hat er vor allem in der Dynamik eines entmoralisierten Wirtschaftssystems gesehen, das möglicherweise weder durch intermediäre Strukturen (wie Berufsgenossenschaften) noch durch den Staat (bzw. durch das Zusammenwirken beider) hinlänglich reguliert wird. Die meisten Fallbeispiele, die in diesem Band versammelt sind, belegen die Aktualität dieser Problematik,²⁰ auch wenn man Durkheims Konzeption in wesentlichen Punkten für unbefriedigend oder fehlerhaft halten mag (zur Kritik s. Reiner 1984; Beckert 1997). Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Ost-Europa fiel in eine Periode, in der "Deregulation", die freie Entfaltung der Marktkräfte bereits zum Prinzip neoliberaler Wirtschaftspolitik geworden war, die seit den 80er Jahren in westlichen Demokratien den staatlichen "Interventionismus" im allgemeinen und bestehende wohlfahrtsstaatliche Regelungen im besonderen zunehmend erfolgreich attackierte. Die wirtschaftliche Dynamik führte nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Regimes (zu dem sie beigetragen haben dürfte) zu einem Globalisierungsschub, in den die sich transformierenden Gesellschaften Osteuropas hineingezogen wurden, bevor ihre kulturellen Traditionsbestände entsprechend angepaßt und die neuen demokratischen Institutionen gefestigt waren. Auch die südamerikanischen Ländern, die die Diktatur abschütteln oder schwächen konnten, müssen den innergesellschaftlichen Umbau und die Anpassung an die sich globalisierenden Märkte simultan bewältigen. In dieser Phase drängt die wirtschaftliche Dynamik die Übergangsgesellschaften möglicherweise noch stärker als die etablierten Demokratien in Richtung eines exzessiven Individualismus, der den sozialen Zusammenhalt gefährdet (siehe z. B. Castells 1997; Taylor 1990). Klaus Müller (1995) sieht die osteuropäischen Regierungen in einer dilemmatischen Entscheidungssituation, weil - kurzfristig jedenfalls - die Ansprüche der Bevölkerung an demokratische Mitsprache und die von der Marktlogik erzwungenen harten Reformschritte miteinander kollidieren. "Die entscheidende Schlußfolgerung lautet, daß den Regierungen der osteuropäischen Länder keine optimale Strategie zugänglich ist, oder, mit Przeworskis Sinn für Paradoxien gesprochen: "Their

²⁰ Siehe z. B. die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und die Zunahme des organisierten Verbrechens.

optimal strategy is inconsistent" (S. 54).²¹

Regulierungsdefizite und Integrationsprobleme sind allen Gesellschaften zu eigen. Durkheim propagierte keine Gesellschaft frei von jeglicher Anomie. Er betont ausdrücklich, daß die Gesellschaften "sich umformen müssen, wollen sie erhalten bleiben" (Durkheim [1902] 1990: 431). Normabweichungen, ein "gewisser Grad von Anomie" seien nötig, um der Gesellschaft ein ausreichendes Innovationspotential zu sichern (ebd.: 430 ff.), und er hebt hervor: "Einzig die Zeiten, die moralisch gespalten sind, sind auf dem Gebiet der Moral kreativ" (Durkheim [1920] 1986: 35). Andererseits gilt: "Extreme Anomie erzeugt eine Bereitschaft zur Einräumung extremer Machtbefugnisse. In Gesellschaften, in denen sich anomische Entwicklungen krisenhaft zuspitzen, ... wächst die allgemeine Neigung zur Flucht in Organisationen mit einem engen Regelkorsett (z. B. Sekten oder politische Kaderparteien) oder zur Unterordnung unter einen 'starken Mann'" (Waldmann 1998: 31). In Transformationsgesellschaften ist deshalb mit Pendelbewegungen zwischen vorwärtsdrängenden und retardierenden Schritten zu rechnen. Ziemlich optimistisch zeigen sich Mishler/Rose (2001). In einer empirischen Analyse des interpersonalen Vertrauens und des Vertrauens in politische Institutionen, durchgeführt auf der Basis von Umfrage-Daten aus zehn post-kommunistischen Ländern, registrieren sie ein durchweg niedriges Niveau an politischem Vertrauen. Sie glauben aber auch nachgewiesen zu haben, daß politisches Vertrauen vor allem von der Performanz der Regierungen (z. B. "rooting out corrupt practices, and protecting new freedoms"), weniger von den Traditionsbeständen nationaler politischer Kulturen abhängig ist.²² Außerdem wollen sie festgestellt haben, daß die Bevölkerung geduldig genug ist, um den Regierungen eine Menge Zeit zur Verbesserung ihrer Leistungsbilanzen zu lassen (ebd., S. 56).

3. *Methodologische Anmerkungen*

Es fehlt an klaren Kriterien, "normale" und "pathologische" gesellschaftliche Entwicklungen, innovationsfördernde und bestandsgefährdende Anomie eindeutig zu trennen. Durkheim hat sich im 3. Kapitel seiner "Regeln der soziologischen Methode" (Durkheim [1895] 1961) bemüht, sie zu entwickeln; gelungen ist ihm das nicht und anderen auch nicht. Die

²¹ Müller zitiert hier Adam Przeworski: *Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge: Cambridge University Press 1991 (S. 174).

²² In der Literatur zur Rolle des Sozialkapitals ist das symmetrische oder asymmetrische Verhältnis von generalisiertem Vertrauen und Regierungsperformanz umstritten (siehe z. B. Putnam 1993; Levi 1996; Tarrow 1996).

Unterscheidung selbst (in welchen Metaphern sie auch immer formuliert wird) ist dennoch nicht sinnlos. Problemzonen sind mit diesem Konzept benannt, die im Prinzip empirisch erforschbar sind, auch wenn die Auswahl geeigneter Indikatoren schwierig ist. Anzustreben wäre ja, nicht nur die diversen Erscheinungsformen und das faktisch gegebene Maß an Anomie, sondern auch deren jeweilige Folgen zu identifizieren, die für Personen und soziale Systeme in ganz unterschiedlicher Weise problematisch sein mögen. "Systemintegration" und "Sozialintegration" werden von den meisten Soziologen heute schärfer getrennt als von Durkheim. Wenn man mit dieser Unterscheidung operieren will, liegt es nahe, den Anomie-Begriff primär auf Regelungsdefizite zu beziehen, von denen man vermutet, daß sie sich negativ auf die Sozialintegration auswirken.

Wenn man an der Idee einer "Sozialpathologie" festhält, wird man ohne Bewertungen nicht auskommen. Auch wenn man versucht, Störungen des normativen Systems auf der Akteursebene objektivierend bspw. als "Störungen im Rollenverhalten" zu interpretieren (wie Dreitzel vorschlägt) steht man vor dem Problem zu klären: "was ... ein gestörtes Rollenspiel sei, wenn man es nicht am Leidensdruck des Rollenspielers ermitteln kann und am Urteil der Mitspieler nicht messen will. Könnten doch diese selbst mit 'gestörten' Normen urteilen, mit anderen Worten, ein falsches Bewußtsein haben, jener aber seiner eigenen Entfremdung vielleicht nicht gewahr werden, weil er darin von anderen sich nicht unterscheidet" (Dreitzel 1972: 25). Dreitzel hält es deshalb für unumgänglich, jedweden analytischen Ansatz "ideologiekritisch" zu ergänzen. Auf seine bedenkenswerten Reflexionen zu diesem spannungsreichen Verhältnis sei hier lediglich hingewiesen (s. Dreitzel 1972, insbes. S. 24-26, 79-82).

Anomie als Merkmal sozialer Systeme aufzufassen setzt also nicht die Annahme voraus, ihre Erscheinungsformen und Folgen seien unabhängig von den Interpretationen der Akteure konstituiert. Andererseits ist auch nicht anzunehmen, daß sich jedes Regulierungsdefizit, das sich einer funktional-objektivierenden Analyse erschließt, den Akteuren als solches bewußt ist und als belastend erfahren wird. Da "Anomie" sich im wesentlichen auf ein Verhältnis von Normen und Akteuren bezieht (die diese Normen befolgen oder nicht befolgen, sie vermissen oder für überflüssig halten, sie verstehen oder nicht verstehen, sie "objektiv" benötigen, aber dennoch ablehnen usw.), liegt es nahe, sich über die Befragung von Personen einen methodischen Zugang zu verschaffen.²³ Das kann über sinnerschließende "qualitative" oder über standardisierte "quantitative" Verfahren geschehen, am besten in wechselseitiger Ergänzung. Sie gegeneinander auszuspielen ist beim Anomie-Thema ebenso unsinnig wie bei den meisten

²³ Umfragestrategien zur Erkundung von Anomie-Potentialen in verschiedenen Regionen der Erde stellt - unter einer entwicklungssoziologischen Perspektive - der Band von Atteslander/Gransow/Western (1999) vor.

anderen soziologischen Themen. Die Beiträge in diesem Band repräsentieren unterschiedliche Vorgehensweisen und stellen eine Vielzahl von Indikatoren vor, die der Umfrageforschung oder der amtlichen Statistik entnommen oder aus der Analyse einschlägiger Dokumente (wie Flugblätter, Sitzungsprotokolle, Zeitungen) gewonnen wurden. Das Spektrum umfaßt z. B. aggregierte Aussagen zum Vertrauen in politische Institutionen; Kriminalitäts- und Selbstmordraten, Daten zum Alkohol- und Drogenkonsum; Lage-Einschätzungen und programmatische Aussagen politischer Akteure. Bei jedem einzelnen dieser Indikatoren läßt sich darüber streiten, ob er "zuverlässig" und "gültig" (treffend) ist, mit welchen "Meßfehlern" man rechnen muß, ob er überhaupt als Indiz für "Anomie" oder "Desintegration" gelten kann. Man denke nur an Stichprobenfehler und "Dunkelziffern" und daran, daß die Indikatoren aus mancherlei Gründen variieren mögen, nicht nur deshalb, weil unterschiedliche Niveaus an Desintegration oder Anomie vorliegen. Die Suizidrate kann sich bspw. verändern, weil verfeinerte Obduktionstechniken zur Verfügung stehen oder weil der Selbstmord auf Grund eines kulturellen Wandels (der durchaus nicht anomisch verlaufen muß) weniger geächtet wird als zuvor. Erhöhte Scheidungsziffern können aus einer Fehlregulation am Arbeitsmarkt erwachsen (der zu wenige Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung stellt oder zu häufige Ortswechsel erzwingt), einer Liberalisierung des Scheidungsrechts folgen oder eine tatsächlich nachlassende Bindungsfähigkeit reflektieren. Zudem können aggregierte Daten gegenläufige Trendbewegungen in unterschiedlichen sozialen Gruppen verdecken. Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme kann z. B. in der mittleren Generation nachlassen, in der jüngeren zunehmen; der Alkoholkonsum mag in bestimmten Regionen ansteigen, in anderen abnehmen. Alle diese Probleme bekommt man um so eher in Griff, je größer die Zahl der erfaßten Indikatoren ist, von denen man plausiblerweise annehmen kann, daß sie Anomie bzw. Desintegration repräsentieren. Tendenzen zur Über- oder Unterschätzung des Anomieniveaus können sich so eher (in Annäherung an den unbekanntenen „wahren“ Wert) ausgleichen. Dabei ist zu beachten, daß nicht nur "analytische", sondern auch "extern korrelative" Indikatoren in Frage kommen. Gestiegener Alkoholkonsum z. B. "bedeutet" nicht erhöhte Desintegration (er gehört nicht zum Definiens), könnte aber eine regelmäßige Folge und somit ein "Indiz" verstärkter Desintegration sein. Für die Brauchbarkeit eines korrelativen Indikators ist es nicht einmal erforderlich, daß er kausal mit dem Konstrukt verbunden ist; es genügt die (stabile) korrelative Beziehung.

Der Aussagegehalt verschiedener Indikatoren kann auch historisch erheblich variieren. In den 1960er Jahren hielt man in den westlichen Industriegesellschaften Arbeitslosenraten über 4% für ein Zeichen von (im Prinzip behebbaren) Fehlregulationen; heute sind viele Ökonomen der Ansicht, eine Arbeitslosenrate *unter* 4% wäre (falls sie erreicht würde) als Hinweis auf eine Fehlsteuerung im Sinne produktivitätsfeindlicher Überregulierung zu werten.

In solchen Diskussionen trifft man gelegentlich auf Mißdeutungen des berühmten "ökologischen

Fehlschlusses", der darin besteht, dass man Korrelationen zwischen aggregierten Daten als Beleg für entsprechende Korrelationen zwischen Individualdaten ansieht. Entscheidend ist, auf welcher Ebene die Korrelation theoretisch interpretiert werden soll. Nehmen wir einmal an, steigende Kriminalitätsraten seien ein Indikator für zunehmende soziale Desintegration, die - unter anderem - durch eine erhöhte Arbeitslosigkeit (als Indikator für eine funktionale Fehlregulation) verursacht worden sei. Nehmen wir weiter an, man finde im Querschnittsvergleich zwischen verschiedenen Ländern oder Regionen oder auch im zeitlichen Verlauf innerhalb einzelner Länder tatsächlich einen positiv-korrelativen Zusammenhang zwischen den Raten der Arbeitslosigkeit und der Kriminalität, auf der Individualebene stelle man aber fest, daß Arbeitslose nicht häufiger kriminell werden als Erwerbstätige. Der vorschnelle Schluß könnte lauten: Trotz der beobachteten Aggregatkorrelation besteht kein (kausaler oder funktionaler) Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Diese Schlußfolgerung übersieht die Möglichkeit, daß die Arbeitslosenrate als soziales Kontextmerkmal nicht nur das Leben der Arbeitslosen, sondern auch den Alltag vieler Beschäftigten negativ tangiert (z. B. Zukunftsängste schürt). Das heißt, unabhängig von den differentiellen oder gleichartigen Reaktionen der arbeitslosen oder erwerbstätigen Individuen kann steigende Arbeitslosigkeit die Ökonomisierung der Lebenswelt und damit ein kriminalitätsförderndes instrumentelles Denken vorantreiben. Es geht hier aber nicht um die inhaltliche Triftigkeit einer bestimmten Hypothese, sondern lediglich um ein Beispiel, das zeigen soll: Auch wenn die Individualdaten keine Korrelation erkennen lassen, ist nicht auszuschließen, daß die aggregierten Werte theoretisch interpretierbare Zusammenhänge aufweisen.

Literaturverzeichnis

- Adler, F./Laufer, W. S. (Eds.) (1995). *The legacy of anomie theory*. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Angell, R. C. (1968). Social integration. In D. L. Sills (Ed.), *International encyclopedia of the social sciences, Vol. 7* (Vol. 7, pp. 380-386). New York & London: Macmillan and Free Press.
- Atteslander, P./Gransow, B./Western, J. (Hg.) (1999). *Comparative Anomie Research. Hidden barriers - hidden potential for social development*. Aldershot: Ashgate.
- Beckert, J. (1997). Vertrag und soziale Gerechtigkeit. Emile Durkheims Theorie der Integration moderner Gesellschaften. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49, 629-649.
- Besnard, P. (1993). Anomie and fatalism in Durkheim's theory of regulation. In S. P. Turner (Ed.), *Emile Durkheim. Sociologist and moralist* (pp. 169-190). London, New York: Routledge.

- Castells, M. (1997). *The power of identity*. Oxford: Blackwell.
- Cladis, M. S. (1992). *A communitarian defense of liberalism. Emile Durkheim and contemporary social theory*. Stanford, Calif.: Stanford University Press.
- Dreitzel, H. P. (1972). *Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft*. Stuttgart: Enke (Orig. 1968).
- Durkheim, E. (1961). *Die Regeln der soziologischen Methode*. Neuwied: Luchterhand (Orig. 1895).
- Durkheim, E. (1976). *Soziologie und Philosophie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (Franz. Erstausgabe 1924).
- Durkheim, E. (1986). Der Individualismus und die Intellektuellen. In H. Bertram (Ed.), *Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie* (pp. 54-70). Frankfurt a. M.: Suhrkamp (Orig. 1898).
- Durkheim, E. (1990). *Der Selbstmord*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (Orig. 1897).
- Durkheim, E. (1992). Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (Orig. 1893)
- Durkheim, E. (1999). *Physik der Sitten und des Rechts*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. (Franz. Erstausgabe 1950).
- Esping-Andersen, G. (1990). *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Fehr, H. (2000). *Legitimitätskonflikte in Übergangsgesellschaften*. Erlangen: unveröffentlichtes Manuskript.
- Fenton, S. (1984). *Durkheim and modern sociology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Habermas, J. (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1992). *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Joas, H. (1992). *Die Kreativität des Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Joas, H. (1997). *Die Entstehung der Werte*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Karstedt, S. (1996). Zur Rolle gesellschaftlicher Eliten in Prozessen der Normenerosion, in: M. Frommel/V. Gessner (Hg.), *Normenerosion*. Baden-Baden: Nomos, S. 179-206.
- Lockwood, D. (1964). Social integration and system integration. In Zollschan, G. K., & Hirsch, W. (eds.) *Exploration in social change* (pp. 244-257). London: Routledge and Kegan.
- Kolankiewicz, G. (1996). Social capital and social change. *British Journal of Sociology* 47, 427-411.
- Levi, M. (1996). Social and unsocial capital. *Politics & Society* 24, 45-55.
- Luhmann, N. (1969). Normen in soziologischer Perspektive. *Soziale Welt*, 20, 28-48.
- Luhmann, N. (1970). Positives Recht und Ideologie. In N. Luhmann (Ed.), *Soziologische Aufklärung* (pp. 178-203). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1988). *Einleitung*. In Emile Durkheim: *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Markowitz, J. (*im Erscheinen*). Bildung und Ordnung. In H.-E. Tenorth (Hg.), *Form der*

- Bildung, Bildung der Form.* Weinheim: Beltz.
- Merton, R. K. (1938). Social structure and anomie. *American Sociological Review*, 3, 672-682.
- Merton, R. K. (1957). *Social Theory and Social Structure*. Glencoe, IL: The Free Press.
- Merton, R. K. (1995). Opportunity Structure: The emergence, diffusion, and differentiation of a sociological concept, 1930s-1950s. In F. Adler, & W. S. Laufer (Eds.), *The legacy of anomie theory* (pp. 3-78). New Brunswick & London: Transaction Publishers.
- Messner, S. F. (1982). Societal development, social equality, and homicides. A cross-national test of a Durkheimian model. *Social Forces*, 61, 225-239.
- Messner, S. F., & Rosenfeld, R. (1997). Political restraint of the market and levels of criminal homicide: A cross-national application of institutional-anomie theory. *Social Forces*, 75, 1393-1416.
- Mishler, W./Rose, R. (2001). What are the origins of political trust? Testing institutional and cultural theories in post-communist societies. *Comparative Political Studies* 34: 30-63-
- Müller, K. (1995). Vom Postkommunismus zur Postmodernität? Zur Erklärung sozialen Wandels in Osteuropa. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 47, 37-64.
- Münch, R. (1981). *Emile Durkheim und die Theorie der Integration von Individuum und Gesellschaft*. Beitrag zur Tagung der Sektion "Soziologische Theorien" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 30./31. Januar 1981 in Münster (Ms.).
- Orrù, M. (1987). *Anomie: History and meanings*. Boston: Allen & Unwin.
- Piaget, J. (1979). *Das moralische Urteil beim Kinde*. Frankfurt: Suhrkamp (Orig. franz. 1932).
- Putnam, R. (1993). *Making democracy work. Civic traditions in modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- Putnam, R. (1995). Tuning in, tuning out: The strange disappearance of social capital in America. *PS: Political Science & Politics* 28, 664-683.
- Reiner, R. (1984). Crime, law and deviance: the Durkheim legacy. In S. Fenton (Ed.), *Durkheim and modern sociology* (pp. 175-201). Cambridge:
- Rosenfeld, R., & Messner, S. F. (1995). Crime and the American dream: An institutional analysis. In F. Adler, & W. S. Laufer (Eds.), *The legacy of anomie theory* (pp. 159-181). New Brunswick: Transaction Publishers.
- Savelsberg, J. J. (1995). *Crime, inequality, and justice in eastern Europe*. Stanford, Calif.: Stanford University Press.
- Schmid, M. (1989). Arbeitsteilung und Solidarität. Eine Untersuchung zu Emile Durkheims Theorie der sozialen Arbeitsteilung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 41, 619-643.
- Schimank, U. (1999). Funktionale Differenzierung und Systemintegration der modernen Gesellschaft. In: J. Friedrichs/W. Jagodzinski (Hg.), *Soziale Integration* (Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie): 47-65.
- Sztompka, P. (1993). Civilizational incompetence: The trap of post-communist societies. *Zeitschrift für Soziologie*, 22, 85-95.

- Tarrow, S. (1996). Making social science work across space and time: A critical reflection on Robert Putnam's *Making Democracy Work*. *American Political Science Review* 90, 389-397.
- Taylor, I. (Ed.) (1990). *The social effects of free market policies. An international text*. New York: Harvester Wheatsheaf.
- Travis, R. (1990). Halbwegs and Durkheim: A test of two theories of suicide. *British Journal of Sociology*, 41, 225-243.
- Triandis, H. C. (1995). *Individualism & collectivism*. Oxford: Westview Press.
- Vandello, J. A., & Cohen, D. (1999). Patterns of individualism and collectivism across the United States. *Journal of personality and social psychology*, 77, 279-292.
- Waldmann, P. (1996). Anomie in Argentinien. In D. Nolte, & N. Werz (Eds.), *Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen* (pp. 58-80). Frankfurt a. M.: Vervuert.
- Waldmann, P. (1998). Soziale Anomie: Zur Fruchtbarkeit eines klassischen soziologischen Konzeptes in bezug auf die Entwicklungsländer. *Associations. Journal for Social and Legal Theory*, 2, 5-37.
- Wnuk-Lipinski, E. (1982). Dimorphism of values and social schizophrenia. A tentative description. *Sisyphus. Sociological Studies* III, 81-89.